

Resolution des Landesparteitags von B90/Grüne Saarland in Saarlouis-Fraulautern am 6. November 2016

Antragssteller: Landesvorstand

## **Hochschulen zukunftssicher gestalten!**

Bildung und Forschung sind Grundvoraussetzungen zur Bewältigung der sozialen, kulturellen, ökologischen und ökonomischen Zukunftsfragen. Hochschulen sind zentrale Orte des Denkens, des Lernens, des Lehrens, des Forschens und der Erneuerung. Der Hochschul- und Wissenschaftsstandort Saarland steht heute in einem zunehmend härteren nationalen und internationalen Wettbewerb um Studierende und Dozenten, um Forschungsaufträge und finanzielle Ressourcen. Unsere Hochschulen mit ihren unterschiedlichen Profilen haben bewiesen, dass sie im Wettbewerb mit anderen Hochschulen bestehen können und sogar Spitzenplätze einnehmen können. International sichtbar ist die Saar-Uni beispielsweise in ihren Schwerpunktbereichen Informatik, NanoBioMed und Europa.

Wir wollen, dass Exzellenz in der Spitze von Forschung und Lehre ebenso möglich ist wie eine qualitätsvolle Lehre in der Breite. Dazu benötigen die Hochschulen ein hohes Maß an Autonomie, um ihre strategische Ausrichtung unter demokratischer Einbeziehung aller Hochschulgremien verantwortungsvoll zu gestalten.

### **Die Große Koalition setzt die Zukunft der Hochschulen aufs Spiel**

Mit dem eingeschlagenen Sparkurs ist die Landesregierung dabei, die Hochschullandschaft im Saarland herunterzuwirtschaften. Die zusätzlichen Mittel, die die Hochschulen noch unter Grüner-Mitregierung erhielten, wurden gestrichen. Das bedeutet einen Verlust von zehn Millionen Euro für die Saar-Uni und 1,8 Millionen Euro für die HTW. Darüber hinaus beschloss die Große Koalition, dass die Energie- und Tarifkostensteigerungen nicht mehr durch das Land übernommen werden. Für die Hochschulen bedeutet dies massive zusätzliche Belastungen.

Als Folge der Kürzungen zweckentfremdet die Saar-Uni sogar die Kompensationsmittel, die den Hochschulen seit Wegfall der Studiengebühren vom Land zur Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre zur Verfügung gestellt werden. Anstatt die Lehrbedingungen verbessern zu können, hat der Sparkurs die Uni schon dazu gezwungen, diese Mittel einzusetzen, um die Lehre überhaupt aufrechtzuerhalten.

Die massiven Einschnitte bei der Hochschulfinanzierung sind allerdings nicht nur mit der Schuldenbremse zu rechtfertigen. Die Landesregierung enthält den Hochschulen auch Mittel vor, die ihnen von Rechtswegen zustünden: Beispielsweise sind von den neun Millionen Euro, die dem Saarland in den letzten beiden Jahren an BAföG-Mitteln durch den Bund erstattet wurden, an die Hochschulen gerade einmal fünf Millionen Euro und an die Schulen eine Million Euro geflossen. Dies liegt daran, dass das Land den Darlehensanteil von drei Millionen Euro – entgegen der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern – einbehält. Die fünf Millionen Euro des Zuschussanteils wurden darüber hinaus bislang nicht für die Aufstockung der Grundfinanzierung der Hochschulen oder zur Finanzierung von Daueraufgaben (bspw. Inklusion, Gleichstellung oder Hochschuldidaktik) verwendet, sondern in gesonderte Programme geführt. Dabei sieht das mit der Bundesregierung vereinbarte Bildungspaket eindeutig vor, dass die BAföG-Ausgleichsmittel, die in die Länder fließen, den Hochschulen zur Grundfinanzierung überlassen werden.

### **Hochschulen droht Imageverlust**

Der Rückbau von Fakultäten, die Streichung von Fächern, die Einschränkung von Serviceangeboten für Studierende und der geplante Personalabbau werden die Uni für

Studieninteressierte und Wissenschaftler aus dem Saarland und von außerhalb langfristig unattraktiv machen. Erste Symptome deuten sich durch den Rückgang der Studierendenzahlen an der Saar-Uni und an der HTW an. Bei Fortsetzung des jetzigen Sparkurses droht die Gefahr, dass sich dieser Trend verstärkt.

Die von der Landesregierung durchgeführte Neuordnung der Hochschullandschaft hat auch zu massiven Kürzungen im Bereich der Lehramtsstudiengänge geführt. Problematisch sind vor allem die Kapazitätskürzungen in Mathematik und in den Naturwissenschaften, da hier ein großer Lehrbedarf an den Schulen besteht. Der Schülerrückgang stand bei der Entscheidung im Jahr 2014 in keinem Verhältnis zum Bedarf und steht noch weniger im Verhältnis zu den aktuellen Bedarfen. Denn durch die gestiegene Anzahl von Geflüchteten im Saarland haben sich auch die Schülerzahlen merklich erhöht. Deshalb wird es in Zukunft notwendig sein, mehr Lehrkräfte auszubilden.

Die Ziel- und Leistungsvereinbarungen für den Zeitraum 2016 bis 2018 zwischen der Saar-Uni und der Staatskanzlei lassen der Hochschule kaum Spielraum, um gezielte Maßnahmen zur eigenen Haushaltskonsolidierung auf den Weg zu bringen. Indem die Landesregierung in interne Strukturen eingreift und sogar Vorgaben bei einzelnen Professuren und Verwaltungsposten macht, schränkt sie die Gestaltungsmöglichkeiten der Uni erheblich ein und wirft das Prinzip der Hochschulautonomie über Bord.

Darüber hinaus bestehen nach wie vor keine wirksamen Rahmenbedingungen, um die Situation der wissenschaftlichen Mitarbeiter und des Verwaltungspersonals zu verbessern. Eine extreme Arbeitsverdichtung und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind schon seit Langem an der Tagesordnung. Zurzeit sind rund 82 Prozent des wissenschaftlichen Personals an der Uni befristet beschäftigt. Dies steht im Widerspruch zum Universitätsgesetz, in dem es heißt, dass „in den wissenschaftlichen Bereichen die Anzahl der Dauerstellen in ein angemessenes Verhältnis zu den befristeten Qualifikationsstellen zu bringen und zu halten“ ist. Durch solche unsicheren Beschäftigungsverhältnisse wird Nachwuchswissenschaftlern auch die Möglichkeit genommen, eine erfolgreiche akademische Laufbahn an der Saar-Uni einzuschlagen.

### **Wachsender Sanierungsstau – marode Gebäude**

Der Sanierungsstau, insbesondere an der Saar-Uni, nimmt immer größere Dimensionen an. Der Betrag wird mittlerweile auf rund 400 Millionen Euro bewertet. Auch an der HTW zeichnet sich inzwischen ein erheblicher Sanierungsstau auf dem Alt-Saarbrücker Campus ab. Doch eine Lösung ist noch immer in weiter Ferne. Es fehlt sowohl ein zeitliches Fenster für die Standortentwicklungsplanung als auch die Übertragung der Bauherrenfunktion auf die Hochschule, damit die Uni in die Lage versetzt wird, Sanierungsmaßnahmen ohne Zeitverzögerung in die Wege zu leiten. Da das Land bislang als Bauherr auftritt, kam es in der Vergangenheit zu erheblichen Verzögerungen bei Projekten, sodass bis zu 45 Prozent des Budgets aus dem Landesbauhaushalt ungenutzt geblieben sind.

Überdies hat die Landesregierung die für den Hochschulbau zur Verfügung stehenden Bundesmittel nicht immer zweckgebunden verausgabt. Im Jahr 2015 verwendete sie beispielsweise eine Million Euro für die Außengestaltung des IV. Pavillons.

### **Verlust des Botanischen Gartens**

Mit der Schließung des Botanischen Gartens an der Saar-Uni zum 1. April 2016 ist dem Land ein wichtiger Kultur- und Bildungsort verloren gegangen. Die Einrichtung mit ihren mehr als 2.000, teils exotischen, Pflanzenarten hat jährlich rund 20.000 Besucher angelockt und wurde auch von Schulklassen und Kindergartengruppen regelmäßig als Bildungsangebot genutzt. Trotz der guten Resonanz musste die Saar-Uni den Weiterbetrieb einstellen, da die Haushaltskürzungen keine Finanzierung mehr zuließen. Die Landesregierung schaffte es weder, sich zum Botanischen Garten zu bekennen, noch entsprechende

Finanzierungskonzepte gemeinsam mit der Uni zu erarbeiten. Nach der Schließung ist das Saarland das einzige Land ohne Botanischen Garten.

### **Sieben Punkte für eine zukunftssichere Hochschulentwicklung**

Wir Grüne setzen uns für eine größtmögliche Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit ein. Die Strukturen in den Hochschulen wollen wir so verändern, dass transparente demokratische Entscheidungsprozesse unter Beteiligung aller Hochschulmitglieder- und gremien möglich sind.

#### **Deshalb fordern B90/Grüne im Saarland die Landesregierung auf:**

- *Deckungsfähige Globalhaushalte - Berichtspflicht gegenüber dem Landtag*

Um handlungsfähig zu sein, benötigen unsere Hochschulen eine auskömmliche, verlässliche Finanzierung. Den Sparkurs der Großen Koalition wollen wir beenden. Um die Leistungsfähigkeit der Hochschulen dauerhaft sicherzustellen und auch ein gutes Studienangebot aufrechtzuerhalten, wollen wir die Grundfinanzierung stärken. Außerdem muss das Land die Tarif- und Energiekostensteigerungen übernehmen.

Zur Autonomie der Hochschulen gehören für uns Globalhaushalte mit Mehrjährigkeit und Deckungsfähigkeit, die mit Berichtspflichten und klaren Rahmenbedingungen einhergehen. Öffentliche Finanzierung und privat- finanzierte Drittmittelforschung sind für uns an klare Transparenzbedingungen gebunden. Um die inhaltliche und strategische Ausrichtung der Hochschulen, insbesondere der Universität im Rahmen der Autonomie auch stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und mit den Ansprüchen und Anforderungen der Landespolitik zu verzahnen, ist dem Landtag im Zweijahresrhythmus ein Bericht vorzulegen.

- *Stärkere Mitbestimmung des Senats*

Die Aufsichts- und Beratungsfunktionen von Senat und Universitäts- bzw. Hochschulrat wollen wir in Bezug zur Wahl des Universitätspräsidenten neu regeln, um zukünftig gegenseitige Blockaden zu vermeiden. Im Rahmen einer gemeinsamen Abstimmung von Rat und Senat soll auf der Ebene der Stimmenverteilung dem Senat ein größeres Gewicht beigemessen werden, um vor allem auch die Mitbestimmung der Studierenden zu stärken.

- *Höhere Qualität der Lehre*

Wir wollen die Qualität der Lehre steigern und setzen uns für attraktive Studienbedingungen ein. Dazu gehören studienbegleitende Tutorien, ein nutzerfreundliches Bibliotheksangebot, moderne Technikausstattung und Räume sowie ein gutes Betreuungsverhältnis zwischen Hochschullehrenden und Studierenden. Auch die Attraktivität des Arbeitsplatzes Hochschule muss gesteigert werden. Die Arbeitsbedingungen sind zu verbessern und den Beschäftigten muss über die zahlreichen befristeten Verträgen hinaus eine Perspektive gegeben werden. Insgesamt soll der Anteil der befristeten Verträge verringert werden. Da Frauen in den Führungsgremien der Hochschulen immer noch unterrepräsentiert sind, ist insbesondere auf die familienfreundliche Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse zu achten. Zielvorstellung für uns bleibt die Geschlechterparität in Forschung, Lehre und Verwaltung.

- *Öffnung der Hochschulen für Diversität und Chancengerechtigkeit*

Unsere Hochschulen müssen sich auch zunehmend öffnen für Menschen mit unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen und Biografien. Dazu können differenzierte Lehr- und Lernangebote vom klassischen Präsenstudium bis hin zum Distance-Learning einen Beitrag leisten. Im Rahmen einer zunehmenden Digitalisierung im Bildungsbereich sollen verstärkt Möglichkeiten der Online- Vorlesungen mit entsprechenden Interaktionsmöglichkeiten, beispielsweise durch Chats, Foren und Online-Tests eingerichtet werden. Digitale- und Präsenzlehre können miteinander kombiniert werden, es können aber auch Präsenzveranstaltungen durch Onlinekurse ergänzt werden. Hier liegen Chancen für die Hochschulen, Synergien zu schaffen, aber auch Einnahmen zu erzielen. Außerdem können durch Onlineangebote mehr Möglichkeiten geschaffen werden, berufsbegleitendes Lernen oder Weiterbildungen zu organisieren und den Zugang zur Hochschulbildung einem breiten Interessentenkreis zu öffnen.

- *Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung*

Wir wollen wissenschaftliche und technische Innovationen unserer Hochschulen nicht als Selbstzweck, sondern in eine Strategie integrieren, die einen positiven Einfluss auf das Saarland, seine Gesellschaft, seine Wirtschaft und seine Umwelt hat. Wir brauchen eine Innovationsstrategie zur Beschleunigung des Strukturwandels mit einer Priorisierung zentraler, auch grüner Zukunftsthemen. Dazu gehört die ressourcenschonende Produktion unserer Wirtschaft und Industrie ebenso wie der Ausbau und die Nutzung der erneuerbaren Energien und der Querschnittsbereich der Nachhaltigkeit.

- *Abbau des Sanierungsstaus/Hochschulbau durch die öffentliche Hand*

Qualitativ hochwertige Forschung und Lehre können nicht in maroden Hochschulgebäuden praktiziert werden. Wenn unsere Hochschulen ein modernes Aushängeschild und ein Standortfaktor für die Wissenschaft und die Wirtschaft unseres Landes sein sollen, dann muss der Sanierungsstau dringend abgebaut werden. Für die zügige Umsetzung der Baumaßnahmen ist es dringend erforderlich, die Bauherrenfunktion vom Land auf die Hochschulen zu übertragen und ihnen das dafür benötigte Personal zur Verfügung zu stellen.

Für den Hochschulbau insgesamt sind Durchführungen durch öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) zu vermeiden. Das Desaster um das HTW-Hochhaus hat gezeigt, dass bei solchen Bauprojekten die Studierenden am Ende durch Auslagerungen und ungeklärte Fragen in Bezug auf die Unterbringung stets die Leidtragenden sind. Wir wollen vergleichbare Bauprojekte in Zukunft unter staatliche Kontrolle stellen und durch entsprechende Bundes- und Landesmittel selbst finanzieren.

- *Wiedereröffnung des Botanischen Gartens*

Wir fordern die Wiedereröffnung des Botanischen Gartens als Bildungs- und Kulturort. Dies heißt zunächst, die bisher bestehende Infrastruktur aufrecht zu erhalten und das Kernpersonal des Botanischen Gartens an der Universität zu halten. Darüber hinaus müssen Möglichkeiten der Kooperation mit dem Saarbrücker Zoo oder dem Deutsch-Französischen Garten geprüft werden. Die Finanzierung kann zum Beispiel durch Mittel aus dem Kulturfonds des Saarlandes gewährleistet werden.

- *Stärkere Vernetzung der Hochschulen im In- und Ausland.*

Die regionale Vernetzung der saarländischen Hochschulen ist von der Landesregierung stärker zu unterstützen. Dies gilt für die Hochschulen in Rheinland-Pfalz ebenso wie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Großraum Saar-Lor-Lux. Neue, innovative oder auch internationale Studiengänge sind durch eine stärkere Bündelung und Kombination von Fachwissen über die Landesgrenzen hinweg kostenneutraler für die Gesamtregion

anzustoßen. Die gleichzeitige Einschreibung an zwei bis drei Hochschulen der Region soll ermöglicht werden.